



Ulla Jelpke

Mitglied des Deutschen Bundestages

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

☎ (030) 227 – 71 252

📠 (030) 227 – 76 751

✉ ulla.jelpke@bundestag.de

Pressemitteilung

Freitag, 11. August 2006

Rituale erhöhen nicht die Sicherheit

Gestern gaben die britischen Sicherheitsbehörden bekannt, terroristische Anschläge auf Transatlantikflüge verhindert zu haben. 21 Personen seien festgenommen worden. Darüber hinaus gab es keine weiteren Angaben seitens der Sicherheitsbehörden. Inzwischen haben sich Innenpolitiker zu Wort gemeldet und die bereits geplanten Verschärfungen des Terrorismusbekämpfungsgesetzes nochmals ausdrücklich begrüßt. Unions-Politiker wie Wolfgang Bosbach, Günther Beckstein und andere stellten noch einmal die Forderung nach einer allgemeinen Anti-Terrordatei auf, auf die Polizei und Geheimdienste Zugriff erhalten sollten. Zu den aktuellen Entwicklungen erklärt Ulla Jelpke, innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag:

Der pawlowsche Reflex der Innenpolitiker verhindert jede sachliche Auseinandersetzung. Ohne Kenntnis von Einzelheiten werden ziellos Erweiterungen der Befugnisse von Sicherheitsbehörden und sogar der Einsatz der Bundeswehr im Innern gefordert. Die Grundrechte der Bürgerinnen und Bürger, beispielsweise beim Datenschutz, werden als lästig hingestellt. Sie sollen den Bedürfnissen der Sicherheitsbehörden geopfert werden.

Zu den jetzt schon gelten Anti-Terrorgesetzen liegt ein Bericht vor. Aber: dieser Bericht ist veraltet. Er gibt keine Auskunft über in Deutschland aktive terroristische Gruppen. Dennoch werden darin gebetsmühlenartig Forderungen nach weiteren Grundrechtseingriffen, nach erweiterten Befugnissen für die Geheimdienste, aufgestellt.

Die ritualisierte Reaktion auf Anschläge, Grundrechteinzuschränkungen zu fordern, erhöht nicht die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger. Es ist symbolische Politik. Die Anschläge von Madrid und London haben das auf schreckliche Art vor Augen geführt. Nur auf Basis einer sachlichen Analyse der konkreten Gefahrenlage, die nicht von Panikmache geprägt ist, kann auch der Schutz der Bürgerrechte angemessen berücksichtigt werden.